

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

QUEER IN KIRGISTAN

■ ANALYSE

Queer in Kirgistan.

Zur aktuellen Situation der LGBT-Gemeinschaft in einem unsicheren Umfeld

2

Von Marc von Boemcken, Bonn

■ CHRONIK

21. Oktober – 17. November 2017

6

Kasachstan

6

Kirgistan

8

Tadschikistan

11

Turkmenistan

14

Usbekistan

14

Queer in Kirgistan.

Zur aktuellen Situation der LGBT-Gemeinschaft in einem unsicheren Umfeld

Von Marc von Boemcken, Bonn

Zusammenfassung

Eine kürzlich durchgeführte Befragung von 88 Personen in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek, die sich der queeren bzw. LGBT (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender) Gemeinschaft zugehörig fühlen, kam zu dem Ergebnis, dass 84 % von ihnen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität physische Gewalt erfahren hatten. Noch erschreckender: Die Zahl der Angriffe gegen LGBT-Personen nimmt nach Einschätzung lokaler Aktivisten seit 2014 kontinuierlich zu. Dafür ist auch ein wachsender Ethnonationalismus in Kirgistan verantwortlich, der Abweichungen von vermeintlich traditionellen Lebensentwürfen und Verhaltensweisen als Bedrohung kirgisischer Identität darstellt. Zudem hielt das Thema durch einen 2014 eingebrachten Gesetzesentwurf gegen die »Popularisierung homosexueller Beziehungen« und das Verfassungsreferendum vom Dezember 2016 verstärkt Einzug ins öffentliche Bewusstsein. Aktuelle Entwicklungen geben dennoch Anlass zu leiser Hoffnung. Das neue kirgisische Parlament legte im Mai 2016 die Gesetzesinitiative vorerst auf Eis. In der Gesellschaft setzen sich eine Reihe lokaler Nichtregierungsorganisationen mit großen Engagement für die Rechte und die Sicherheit von LGBT-Personen ein.

Der einzige und letzte Nachtclub der kirgisischen Queer-Szene liegt in einem unscheinbaren, düsteren Wohnviertel am Rande der Hauptstadt Bischkek. Kein Schild weist die heruntergekommene ehemalige Autowaschanlage als Diskothek oder gar Treffpunkt der hiesigen LGBT (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender) Gemeinschaft aus. Wer eingelassen werden will, benötigt die Empfehlung eines Stammkunden. Und dennoch ziehen neue Gäste misstrauische Blicke auf sich. Das ist kaum erstaunlich. Allein in den letzten zwei Jahren musste das »London« drei Mal die Örtlichkeit wechseln. Der erste Umzug wurde nötig nachdem ein wütender Mob von etwa 30 Personen den Club gestürmt, das Mobiliar zertrümmert und Personal verletzt hatte. Gewalt gegen Menschen und Einrichtungen, die von traditionellen sexuellen Orientierungen und Geschlechtsidentitäten abweichen, ist in dem kleinen, zentralasiatischen Land mittlerweile zur Regel geworden. Das war keineswegs immer so, sondern ist bestimmten gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der letzten Jahre geschuldet.

Es ist noch gar nicht so lange her, dass Bischkek als eine Stadt galt, in der Menschen, die sich der LGBT-Gemeinschaft zugehörig fühlen, relativ frei und offen leben konnten. Kirgistan ist im Vergleich zu vielen seiner Nachbarn ein recht liberales und demokratisches Land. Dies spiegelt sich auch in den Rechten sexueller Minderheiten wider. Während etwa Turkmenistan oder Usbekistan homosexuelles Verhalten noch immer mit Gefängnisstrafen ahnden, schaffte Kirgistan die entsprechenden Gesetze aus Sowjetzeiten bereits vor Jahren ab. 1998 entkriminalisierte es sexuelle Beziehungen zwischen Männern, 2004 zwischen Frauen.

Tatsächlich schloss die damalige kirgisische Verfassung noch nicht einmal die Möglichkeit gleichgeschlechtlicher Ehen aus.

Zwischen Tabuisierung und Polizeigewalt

Die vergleichsweise große rechtliche Freiheit bedeutet allerdings nicht, dass das gesellschaftliche Klima LGBT-Personen gegenüber aufgeschlossen und tolerant ist. Ganz im Gegenteil: Homosexualität war in dem patriarchalischen und muslimisch geprägten Land seit jeher stark tabuisiert. Auch wenn sie theoretisch möglich war, eine Ehe zwischen zwei Männern wäre schlicht und einfach undenkbar. Einerseits profitierte die LGBT-Gemeinschaft von der Abwesenheit des Themas im öffentlichen Bewusstsein. Gerade die Kultur des Wegsehens, der Indifferenz, stattete sie mit einer gewissen Unsichtbarkeit aus, die sich für die Schaffung kleiner Freiräume, Orte des Rückzugs zum Anderssein, nutzbar machen ließ.

Das Potenzial für Gewalt ist damit, andererseits, bereits in der Gesellschaft angelegt. Wer sich etwa in der Familie oder vor dem Arbeitgeber als schwul outet, provoziert in aller Regel einen Skandal und hat mit ernsthaften Konsequenzen zu rechnen. Diese reichen vom Ausschluss aus dem Familien- und Freundeskreis über den Verlust der Arbeitsstelle bis hin zu physischer Gewalt. Die Polizei nutzt diesen Umstand schon seit Langem aus. Anfang 2014 veröffentlichte die bekannte Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) einen ausführlichen Bericht, der für den Zeitraum von 2004 bis 2013 die systematische Misshandlung schwuler und bisexueller Männer durch kirgisische Polizeibeamte dokumentiert. In den meisten Fällen ähnelte sich

das Muster: Zunächst wird den Opfern gezielt nachgestellt und aufgelauert, um sie dann unter fadenscheinigen Begründungen festzunehmen, meist unter Vorspiegelung einer falschen Rechtslage. Auf der Polizeiwache müssen sie Erniedrigungen, häufig auch Folter und sexualisierte Gewalt, über sich ergehen lassen. Schließlich drohen die Beamten damit, die sexuelle Orientierung der Männer publik zu machen und können auf diese Weise Geld von ihnen erpressen. Vor Sanktionen müssen sie sich dabei kaum fürchten, da in Kirgistan formale Beschwerden über Misshandlungen durch die Polizei die Preisgabe der eigenen Anonymität erfordern. Aus Sicht der Betroffenen ist das Risiko gesellschaftlicher Bloßstellung im Zuge einer offiziellen Untersuchung einfach zu groß.

Ethnonationalismus und Gesetzesimporte aus Russland ...

Seit Veröffentlichung des Berichts von HRW vor etwas mehr als drei Jahren hat sich die Situation vieler LGBT-Personen in Kirgistan sogar noch verschlechtert. Daran haben zwei größere Entwicklungen einen Anteil. Zunächst nimmt in gesellschaftlichen wie politischen Diskursen die Popularität ethnonationalistischer Einstellungen zu. Experten führen diese Tendenz auf wachsende ökonomische, kulturelle und sicherheitspolitische Ängste in weiten Teilen der Bevölkerung zurück. Kirgistan ist der zweitkleinste und -ärmste Staat Zentralasiens. Viele Kirgisen fühlen sich von großen Nachbarstaaten wie Usbekistan, Kasachstan oder China bedroht und fürchten externe Einflüsse. Derartige Sorgen forcieren eine Wagenburgmentalität, also die Besinnung auf eine traditionelle kirgisische Identität, die es um jeden Preis zu verteidigen gilt – nicht allein nach Außen, sondern insbesondere auch gegen jene sozialen Gruppen im Inneren, die dieser Identität aus dem einen oder anderen Grund nicht entsprechen. Die Abgrenzung verläuft zum einen entlang ethnischer Linien. Einen traurigen Höhepunkt erreichte sie im Juni 2010 als es in den südkirgisischen Städten Osch und Dschalalabad zu gewaltsamen Auseinandersetzungen und Pogromen gegen die usbekische Minderheit mit mehreren Hundert Todesopfern kam. Die gefährlichen ethnischen Spannungen dauern bis zum heutigen Tag an. Das Abstecken einer »wahren« und »reinen« kirgisischen Identität erfolgt zum anderen aber auch mit Rückgriff auf sexualmoralische Kriterien. So nehmen etwa Angriffe gegen kirgisische Frauen zu, die sich auf Beziehungen mit nichtkirgisischen Männern einlassen. Und auch die LGBT-Gemeinschaft wird nunmehr als eine konkrete Bedrohung für die Bewahrung traditioneller Werte wahrgenommen. Homosexualität ist nicht mehr ein Tabu, über das man einen Mantel des

Schweigens breitet; sie ist vielmehr das zu benennende Andere, das es zu identifizieren und auszumerzen gilt.

Dass gerade LGBT-Personen ins Visier erstarkender ethno-nationalistischer Bewegungen geraten sind, hängt dabei mit einer zweiten Entwicklung der letzten Jahre zusammen, nämlich der politischen Hinwendung der kirgisischen Regierung zu Russland. Anfang des Jahrtausends galt diese noch lange nicht als ausgemacht. US-amerikanische Soldaten nutzten beispielweise bereits seit 2001 den Flughafen Manas bei Bischkek als Logistikbasis für den Afghanistan-Einsatz. Nachdem Präsident Almasbek Atambajew 2011 an die Macht kam, begann er das Land jedoch von der Westausrichtung zu lösen und verfolgte eine dezidiert pro-russische Linie in der Außenpolitik. Wohl nicht zuletzt auf Druck Moskaus schloss er 2014 den amerikanischen Militärstützpunkt. Dieser Kurswechsel stieß durchaus auf Zustimmung in der Bevölkerung – immerhin ist Russisch die zweite Amtssprache und Fernsehsender aus Russland mit ihren oft antiwestlichen und homophoben Botschaften sind in Kirgistan sehr beliebt. Konkret fand die Neuorientierung ihren Niederschlag dann in bestimmten Gesetzesinitiativen, die sich explizit an russischen Vorbildern orientierten. Dazu gehörte zum Beispiel der 2013 eingebrachte Vorschlag für ein neues Gesetz, das Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhalten, dazu zwingen sollte, sich als »fremdländische Agenten« zu registrieren. Dies hätte auch viele Organisationen im Land betroffen, die sich für LGBT-Rechte einsetzen.

Im Frühjahr 2014 diskutierte das kirgisische Parlament eine weitere Gesetzesvorlage, welche die »Popularisierung homosexueller Beziehungen« unter Strafe stellen sollte. Wer in der Öffentlichkeit »eine positive Einstellung gegenüber nicht traditionellen sexuellen Beziehungen« verbreitet, hätte demnach mit bis zu einem Jahr Haft rechnen müssen. Im Anliegen und Wortlaut ähnelt sie stark dem russischen Gesetz gegen »homosexuelle Propaganda« von 2013, geht mit der Androhung einer Gefängnisstrafe aber noch über dieses hinaus. Um in Kraft zu treten, hätte die Vorlage in drei Lesungen vom Parlament bestätigt und vom Präsidenten unterzeichnet werden müssen. Zwar stimmten die Abgeordneten im Oktober 2014 und Juni 2015 mit überwältigenden Mehrheiten dafür, dann verschob das im Oktober 2015 neu gewählte Parlament die dritte Lesung aber auf unbestimmte Zeit. Allerdings wurden im Rahmen der umstrittenen Verfassungsänderungen vom Dezember 2016 die Rechte von LGBT-Personen beschnitten: Hatte die alte kirgisische Verfassung die Ehe lediglich als Verbindung zwischen »zwei Personen« bezeichnet, wurde sie nun ausdrücklich als Bund zwischen »Mann« und »Frau« definiert.

... und die Folgen

Die kirgisischen Medien stellten diesen Aspekt der Verfassungsänderung besonders heraus und porträtierten ihn teilweise sogar als ein Verbot gleichgeschlechtlicher Beziehungen. Das Thema Homosexualität war bereits mit der Gesetzesinitiative von 2014 Gegenstand vielbeachteter Diskussionen gewesen. Während es vorher in der medialen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit kaum eine Rolle gespielt hatte, geriet es aufgrund dieser politischen Prozesse auf die Tagesordnung eines erregten Kampfes um die Bewahrung traditioneller kirgisischer Identität. Homophobe, menschenverachtende Äußerungen wurden plötzlich salonfähig. So erklärte der Parlamentsabgeordnete Narymbek Maldobajew Anfang 2015, dass, wenn es nach ihm ginge, Schwule und Lesben zusammengetrieben und hingerichtet werden sollten. Nationalistische Gruppierungen sahen sich durch solch ein aufgeheiztes politisches Klima ermutigt, LGBT-Personen und Organisationen nun gezielt anzugreifen.

Unbekannte attackierten am 3. April 2015 die Büroräume der kirgisischen NGO Labrys, die sich für die Rechte der LGBT-Gemeinschaft einsetzt, mit Brandsätzen. Und während wenige Wochen später, am 17. Mai, LGBT-Aktivistinnen und -Aktivistinnen bei einer privaten Versammlung den Internationalen Tag gegen Homophobie, Transphobie und Biphobie feierten, drangen Angehörige der Gruppen Kyrk-Choro (40 Ritter) und Kalys (Gerechtigkeit) randalierend in den Veranstaltungsraum ein, grölten homophobe Parolen und verletzten eine Frau. Die hinzugerufene Polizei nahm die Opfer dieses Angriffs zur Zeugenaussage mit auf die Wache, wo sie fünf bis sieben Stunden ohne Wasser und Nahrung ausharren und erniedrigende Fragen über sich ergehen lassen mussten. Die Ermittlungen gegen die Angreifer verliefen dagegen im Sande.

Diese Beispiele beleuchten nur den – relativ harmlosen – Gipfel des Eisbergs. Nach Einschätzungen von Labrys stieg die Zahl der gewaltsamen Angriffe gegen LGBT-Personen im Zeitraum zwischen 2014 und 2016 um 300 % im Vergleich zu den Vorjahren an. Die Organisation registrierte etwa fünf bis sechs derartiger Vorfälle im Monat, wobei die Dunkelziffer der nie ans Licht kommenden Misshandlungen mit großer Sicherheit sehr viel höher liegt. In einem besonders schweren Fall schlugen Angreifer 2016 einen schwulen Mann bewusstlos und vergewaltigten ihn mehrfach. Die ebenfalls für LGBT-Rechte arbeitende NGO Kyrgyz Indigo dokumentierte eine starke Zunahme von Gewalttaten kurz vor und nach dem Verfassungsreferendum vom Dezember 2016, als viele Medien über das Thema Homosexualität berichteten. Dazu gehört auch die Vergewaltigung lesbischer Frauen, oft durch die eigenen Brüder, um sie wieder auf den »rechten Weg« zurückzuführen. Bei einer

Ende 2016 durchgeführten Befragung von 88 Menschen aus der LGBT-Gemeinschaft in Bischkek fand Kyrgyz Indigo heraus, dass 96 % der Befragten schon einmal psychische Gewalt und 84 % physische Gewalt aufgrund ihrer sexuellen Orientierung bzw. geschlechtlichen Identität erlitten hatten. Nur eine der befragten Personen gab an, sich nach einer Misshandlung an die Polizei gewandt zu haben. Wie sie weiter ausführte, mündete dies jedoch nicht in strafrechtlichen Konsequenzen für den Gewalttäter. Die NGO schließt ihren Anfang 2017 veröffentlichten Bericht mit der »sehr alarmierenden« Beobachtung, dass seit 2014 Gewalttaten gegen LGBT-Personen von Jahr zu Jahr zunehmen.

Hoffnungsschimmer?

Dieser besorgniserregenden Entwicklungen ungeachtet, ist die Auseinandersetzung um die künftigen Rechte der LGBT-Gemeinschaft in Kirgistan noch nicht entschieden. Tatsächlich geben einige Signale Anlass zur Hoffnung. Das Parlament lehnte den Gesetzesvorschlag zur Registrierung extern finanzierter NGOs im Mai 2016 ab. In Folge scharfer internationaler Kritik, unter anderem seitens der Europäischen Union und des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen, entschied ein Parlamentskomitee kurze Zeit später, die Gesetzesinitiative zum Verbot der »Popularisierung homosexueller Beziehungen« vorerst auf Eis zu legen. Das im Oktober 2015 neu gewählte Parlament begründete diesen ungewöhnlichen Schritt mit der der Notwendigkeit, den neuen Abgeordneten die Gelegenheit einer neuerlichen, eingehenden Prüfung des Vorhabens zu geben. Tatsächlich haben zwei der wichtigsten Initiatoren des Gesetzes, Kurmanbek Djikanbajew und Tursunbai Bakir uulu, zuvor den Wiedereinzug in das Parlament verpasst.

Derweil gibt es in Kirgistan mindestens elf Organisationen oder Projekte, die sich mit großem Engagement weiterhin für die Belange der LGBT-Gemeinschaft einsetzen – davon sieben in oder um Bischkek sowie jeweils zwei in der nördlichen Stadt Talas und im südlichen Osh. Zusammen mit der Open Society Foundation arbeitet Kyrgyz Indigo derzeit an einem Gesetzesvorschlag, der die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder gewählten Geschlechtsidentität endlich unter Strafe stellen würde. Darüber hinaus laden Sicherheitsbehörden Mitarbeiter/innen von Labrys und Kyrgyz Indigo bereits seit 2012 zu Vorträgen an der Polizeiakademie ein, um angehende Beamte für das Thema LGBT zu sensibilisieren. In einigen, wenngleich wenigen Fällen tragen derartige Maßnahmen möglicherweise Früchte. Der Bericht von Kyrgyz Indigo verweist auf die Geschichte einer Transgender-Frau, die Anfang 2017 mit »Erstaunen« zur Kenntnis nahm, dass Polizisten sie bei einer Perso-

nenüberprüfung »human« und mit professionellem Respekt behandeln.

Sorgen um physische Sicherheit dominieren dennoch das Alltagsleben der meisten LGBT-Personen in Kirgistan. Viele wechseln periodisch ihre Handynummern, um einer vermuteten Überwachung zu entgehen. Einige NGOs bieten versteckte Apartments als sichere Treffpunkte an und haben eigene »Rapid Reaction Units« gegründet, um Opfern homophober Angriffe und Misshandlungen schnell zu Hilfe kommen zu können. Der Austausch von Informationen in sozialen Netzwerken spielt ebenfalls eine große Rolle – so etwa die Verbreitung von Erfahrungsberichten, welche Stadtteile relativ sicher scheinen und welche besser zu meiden sind. In der Öffentlichkeit versuchen LGBT-Personen möglichst unauffällig zu bleiben. Schwule Männer berichteten,

dass sie zu diesem Zweck maskuline Bewegungen (Körpersprache, Mimik) gemeinsam vor dem Spiegel üben. Transgender-Personen vermeiden jegliche Geschlechtsambivalenz in ihrem äußeren Erscheinungsbild. Auf den Straßen Bischkeks und anderer kirgisischer Städte kann jedwede offen zur Schau getragene Abweichung von sexualmoralischen und geschlechtlichen Normvorstellungen eine erhebliche Bedrohung für Leib und Leben darstellen – währenddessen schwinden die Rückzugsorte zum Ausleben abweichender Identitäten: Das »London« musste im Oktober 2017 schließen, nachdem der Vermieter von der bunten Kundschaft Wind bekommen und den Pachtvertrag gekündigt hatte. Doch die Betreiberinnen wollen noch nicht aufgeben. Sie suchen derzeit – wieder einmal – einen geeigneten Ort für die Wiedereröffnung.

Über den Autor:

Dr. Marc von Boemcken ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektleiter am Bonn International Center for Conversion (BICC). Zurzeit koordiniert er ein von der Volkswagenstiftung gefördertes Forschungsprojekt zu alltäglichen Sicherheitspraktiken in Tadschikistan und Kirgistan, das gemeinsam mit lokalen Partnern unter anderem das Leben der LGBT-Gemeinschaft in Bischkek untersucht.

Lesetipps:

- »They Said We Deserved This«. Police Violence Against Gay and Bisexual Men in Kyrgyzstan, Human Rights Watch, 28.01.2014 = <<https://www.hrw.org/report/2014/01/28/they-said-we-deserved/police-violence-against-gay-and-bisexual-men-kyrgyzstan>>
- »We'll cut off your head«: open season for LGBT attacks in Kyrgyzstan, The Guardian, 4.5.2016, = <<https://www.theguardian.com/world/2016/may/04/kyrgyzstan-lgbt-community-fear-attacks-russia>>
- »All of us will be victims at some point«: why Bishkek's only gay club closed, The Guardian, 19.10.2017, = <<https://www.theguardian.com/cities/2017/oct/19/victims-closure-bishkek-only-lgbt-club-kyrgyzstan>>

21. Oktober – 17. November 2017

Kasachstan

21.10.2017	Die kasachstanische Bloggerin Schanar Achmet, die im Sommer 2017 nach scharfer Kritik an Präsident Nursultan Nasarbajews Politik in die Ukraine geflüchtet war, wird auf Antrag der kasachstanischen Behörden in Kiew festgenommen. Ihr droht die Auslieferung nach Kasachstan. Aus Protest gegen ihre Festnahme tritt Achmet in den Hungerstreik.
21.10.2017	Nach Angaben seiner Ehefrau wurde der türkische Staatsbürger Sabit Kisi am Flughafen von Almaty von Unbekannten entführt. Es ist nicht bekannt, ob ein Zusammenhang mit dem Vorgehen der türkischen Führung gegen mutmaßliche Anhänger der Gülen-Bewegung besteht.
23.10.2017	Der vor fast zwei Jahren wegen Anheizens zwischenethnischen Hasses verurteilte kasachstanische Blogger Jermek Taitshibekow wird vorzeitig aus der Haft entlassen.
23.10.2017	Außenminister Kairat Abdrachmanow kündigt eine Untersuchung von Berichten über die Diskriminierung von Kasachen in der Uighurischen Autonomen Region Xinjiang in China an.
24.10.2017	15 kirgisische Staatsbürger werden wegen Verletzung der Immigrationsbestimmungen aus Kasachstan deportiert.
25.10.2017	Am Rande einer Sitzung der Regierungschefs der EEU-Staaten in Jerewan treffen Premierminister Bakytshchan Sagintajew und sein kirgisischer Amtskollege Sapar Isakow zu Gesprächen über die schwierige Lage an der gemeinsamen Grenze zusammen. Eine gemeinsam erstellte Road map zur Lösung der offenen Fragen wird von Kasachstan nicht unterzeichnet.
25.10.2017	Die US-amerikanische Soufan Group schätzt in einem Bericht zur Terrorgefahr durch rückkehrende IS-Kämpfer in ihre Heimatländer die Zahl der kasachstanischen Staatsbürger unter den IS-Kämpfern auf 500.
27.10.2017	Präsident Nasarbajew fordert die Regierung auf, bis zum Jahr 2025 die Schreibweise des Kasachischen schrittweise von der kyrillischen auf die lateinische Schrift umzustellen.
30.10.2017	Präsident Nasarbajew trifft zu einem Arbeitsbesuch in Baku ein, wo er u. a. von seinem aserbaidsschanischen Amtskollegen Ilham Alijew zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis empfangen wird.
31.10.2017	In Astana treffen die Delegationen der Garantiemächte Russland, Türkei und Iran sowie von Jordanien und den USA und einiger Rebellengruppen zu einer erneuten Verhandlungsrunde im Syrien-Friedensprozess zusammen.
31.10.2017	Der wegen seiner innovativen (grünen) Verkehrspolitik bekannt gewordene bisherige Bürgermeister der Stadt Schymkent (Gebiet Südkasachstan), Gabidulla Abdrachimow, wird zum Generalsekretär der Präsidentenpartei Nur Otan ernannt.
31.10.2017	Kultur- und Sportminister Arystanbek Muchamediuly kündigt auf einer Pressekonferenz an, dass im kommenden Jahr 56 Mio. Tenge (ca. 167.000 US-Dollar) zum Zwecke der Umstellung des Kasachischen vom kyrillischen auf das lateinische Alphabet bereitgestellt werden.
1.11.2017	Präsident Nasarbajew empfängt im Anschluss an die Syrien-Gespräche in Astana den jordanischen König Abdullah II. zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit.
2.11.2017	Eine Lieferung von 20 t Trockenfrüchten aus Kirgistan wird an der Grenze von den kasachstanischen Behörden wegen angeblichen Befalls mit Ungeziefer beanstandet und ins Nachbarland zurückgeschickt.
2.11.2017	In der Stadt Karaganda (Gebiet Karaganda) wird ein 36jähriger Mann festgenommen, der 18 Bürger Usbekistans unter der Sklaverei ähnlichen Bedingungen untergebracht und beschäftigt haben soll.
2.11.2017	Energieminister Kanat Bosumbajew droht dem Topmanagement des Staatskonzerns KazMunayGaz mit Entlassung, sollte der Zeitplan für die Sanierung der Raffinerie in Pawlodar nicht eingehalten werden. Kasachstan leidet seit Wochen unter Treibstoffknappheit.
2.11.2017	Nach Angaben von Radio Free Asia wurden im Autonomen Gebiet Xinjiang der VR China zahlreiche Kasachen und Uighuren von den Sicherheitsbehörden festgenommen. Der chinesische Botschafter in Astana, Zhang Hanhui, verbittet sich in Reaktion auf die Ankündigung des Außenministeriums die Vorwürfe überprüfen zu wollen, jegliche Einmischung der kasachstanischen Regierung.
2.11.2017	Die kasachstanische und die chinesische Regierung gründen einen bilateralen Investitionsfonds zur Finanzierung gemeinsamer Infrastrukturprojekte in Kasachstan.
3.11.2017	Präsident Nasarbajew bespricht in einem Telefonat mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin die Ergebnisse der letzten Runde der Syrien-Gespräche in Astana.

3.11.2017	Präsident Nasarbajew empfängt den saudischen Energieminister Halid Al-Falih in Astana zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit.
3.11.2017	Premier Sagintajew und sein kirgisischer Amtskollege Isakow beschuldigen sich während der regulären Sitzung der Regierungschefs der GUS-Staaten in Taschkent gegenseitig der Verletzung der EEU-Regeln.
3.11.2017	Der Chef des Komitees für nationale Sicherheit (KNB), Karim Massimow, tritt aus dem politischen Rat der Präsidentenpartei Nur Otan aus. Gründe hierfür werden nicht bekannt.
3.11.2017	Ein Gericht in Kiew verlängert die Untersuchungshaft gegen die im Oktober auf Antrag der kasachstanischen Behörden festgenommene Bloggerin Schanar Achmet um 60 Tage, in denen über die Auslieferung nach Kasachstan entschieden werden soll.
6.11.2017	Eine Studie des Portals Ranking.kz stellt eine zunehmende Alterung der kasachstanischen Bevölkerung fest, die vor allem auf die steigende Lebenserwartung und die sinkenden Geburtenziffern in den meisten Gebieten des Landes zurückzuführen ist.
6.11.2017	In die unter der Bezeichnung Paradise Papers bekannt gewordenen von einem internationalen Journalistenkonsortium aufgedeckten Fälle von globaler Geldwäsche mithilfe von Briefkastenfirmen in Bermuda, den Cayman-Inseln und anderen Staaten sind auch Politiker und Geschäftsleute aus Kasachstan verstrickt.
7.11.2017	Vor einem Gericht in Astana beginnt der Prozess gegen den im Dezember vergangenen Jahres wegen des Verdachts auf Korruption entlassenen und inhaftierten Minister für die nationale Ökonomie, Kairat Bischimbajew, und 22 weitere Verdächtige.
7.11.2017	Der in Kasachstan in absentia zu 20 Jahren Haft verurteilte Ex-BTA Bank-Chef Muchtar Abljasow soll nach Angaben von Fergana.ru im Gegenzug zu Aussagen gegen die in den Kazakhgate-Fall verstrickten kasachstanischen Geschäftsleute (mit belgischer Staatsangehörigkeit) Patoch Schodijew und Alichan Ibragimow einen belgischen Pass und diplomatische Immunität erhalten haben. Abljasow bestreitet dies.
7.11.2017	Bei einer internationalen Blumenausstellung in Tokio erhält erstmals eine Chrysanthemenzüchtung den Namen eines Präsidenten, den von Nursultan Nasarbajew.
9.11.2017	Präsident Nasarbajew trifft zum Forum für überregionale Zusammenarbeit zwischen Kasachstan und Russland im russischen Tscheljabinsk ein, wo er u. a. auch mit seinem russischen Amtskollegen Putin bilaterale Gespräche führen wird.
9.11.2017	Der Bürgermeister von Almaty, Bauyrshan Baibek, verteidigt seine Infrastrukturpolitik und vor allem seine Linie bei der Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs gegenüber kritischen Fragen von Journalisten zur Entwicklung der größten Stadt des Landes.
9.11.2017	Das französische Institut für radioaktive Sicherheit IRSN vermutet, dass die (nicht gesundheitsgefährdende) radioaktive Wolke über Westeuropa der letzten Wochen ihren Ursprung im russisch-kasachstanischen Grenzgebiet im Ural haben könnte. Die kasachstanische Regierung bestreitet jegliche Beteiligung Kasachstans an dem Störfall.
10.11.2017	Kasachstan stoppt den Import kirgisischer Lebensmittel, vor allem von Fleisch- und Konditorei-Produkten, mit der Begründung hygienischer Mängel.
10.11.2017	Die Außenminister von Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan, Abdrachmanow, Abdulus Kamilow und Raschid Meredow, einigen sich am Rande des EU-Zentralasien-Gipfels in Samarkand über die Demarkation des Punktes, an dem die Grenzen der drei Staaten zusammentreffen.
11.11.2017	Die Außenminister aller fünf zentralasiatischen Staaten unterzeichnen in Samarkand ein Programm über Zusammenarbeit in den Jahren 2018–2019.
13.11.2017	Präsident Nasarbajew empfängt die ehemaligen Präsidenten Tschechiens, der Slowakei und der Türkei, Vaclav Klaus, Danilo Türk und Abdullah Gül, zu Gesprächen über die globale Wirtschaftsentwicklung.
13.11.2017	Russland gibt 11.600 ha des um das Kosmodrom Baikonur (Gebiet Kysylorda) gepachteten Landes an Kasachstan zurück.
13.11.2017	Der stellvertretende Energieminister Magsum Mirsagalijew erklärt in einem Interview mit dem aserbajdschanischen Portal Trend das Interesse seines Landes, Öl über das Kaspische Meer sowie die (derzeit nicht ausgelastete) Baku–Tbilisi–Ceyhan-Pipeline zu transportieren.
14.11.2017	Internationale Medien berichten, dass ein nicht namentlich genanntes Mitglied der kasachstanischen Regierung nach Angaben des Luxusimmobilien-Unternehmens Mansion Global in Paris eine Wohnung im Wert von 75,8 Mio. US-Dollar gekauft hat, eine der teuersten Immobilientransaktionen des laufenden Jahres in der französischen Hauptstadt. Außenminister Abdrachmanow bezeichnet die Berichte als Gerücht.

14.11.2017	Verteidigungsminister Saken Schanusakow unterzeichnet im Rahmen der Dubai Air Show mit seinem Amtskollegen aus den VAE, Muhammed Bin-Ahmad Buwardi, ein Abkommen über eine Intensivierung der bilateralen militärischen Zusammenarbeit.
14.11.2017	In der Stadt Petropawlowsk (Gebiet Nordkasachstan) wird ein Mann wegen Anstiftung zu zwischenethnischer Zwietracht zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt.
15.11.2017	Ein Gericht in Almaty verurteilt den Mitarbeiter eines Frauengefängnisses wegen der Vergewaltigung einer Insassin zu einer Haftstrafe von fünf Jahren.
16.11.2017	Dem Antrag des in einem umstrittenen Urteil wegen Veruntreuung von Haushaltsmitteln im Oktober 2016 zu sechs Jahren Haft verurteilten ehemaligen Vorsitzenden des Journalistenverbandes, Seitkasy Matajew, auf Aussetzung der verbleibenden Haftzeit zur Bewährung wird von einem Gericht der Stadt Kapschagai (Gebiet Almaty) stattgegeben. Als Grund werden u. a. das fortgeschrittene Alter Matajews sowie sein Gesundheitszustand genannt.
16.11.2017	Führende kasachstanische Politiker, darunter Senatssprecher Kasym-Schomart Tokajew und Außenminister Abdrachmanow, weisen erneute Vorwürfe des scheidenden kirgisischen Präsidenten Atambajew, wonach sein Land aufgrund der kasachstanischen Politik bereits seit einem Monat von der EEU isoliert sei, als haltlos zurück.
16.11.2017	Die älteste Tochter von Präsident Nasarbajew, Dariga Nasarbajewa, übernimmt den Vorsitz des Rates für Öffentlichkeitsarbeit des Außenministeriums.
17.11.2017	Die Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, dass seit Juni 2017 landesweit zwölf Staatsanwälte wegen Unregelmäßigkeiten aus dem Dienst entlassen wurden.
17.11.2017	Präsident Nasarbajew empfängt den Aufsichtsratsvorsitzenden von Royal Dutch Shell, Ben van Beurden, zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit im Öl- und Gassektor.

Kirgistan

23.10.2017	Das Staatskomitee für nationale Sicherheit meldet die Verhaftung eines aus dem Gebiet Dschalalabad stammenden 31jährigen Mannes unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in einer internationalen terroristischen Vereinigung und Teilnahme am Syrienkrieg.
23.10.2017	Die Situation an den meisten Grenzübergängen zu Kasachstan hat sich weitgehend normalisiert, in Ak Tilek warten allerdings noch 400 LKW auf die Abfertigung. Beim aktuellen Kontrolltempo der kasachstanischen Grenzer bedeutet das eine Wartezeit von bis zu sechs Tagen.
25.10.2017	Am Rande einer Sitzung der Regierungschefs der EEU-Staaten in Jerewan trifft Premierminister Sapar Isakow mit seinem kasachstanischen Amtskollegen Bakjytchan Sagintajew zu Gesprächen über die schwierige Lage an der gemeinsamen Grenze zusammen. Es wird eine Road map mit offenen Fragen erarbeitet. Außerdem erörtert Isakow mit seinen russischen und armenischen Amtskollegen, Dmitrij Medwedjew und Karen Karapetjan, Fragen des jeweiligen bilateralen Verhältnisses.
25.10.2017	Nach Angaben des neu publizierten Statistischen Jahrbuchs des Nationalen Statistischen Komitees hatte Kirgistan am 1.1.2017 6,14 Mio. Einwohner, von denen sich offiziell 5,88 Mio. im Lande befanden. 33,8% der Bevölkerung leben in der Stadt, 66,2% auf dem Land. Die Bevölkerungsdichte beträgt 31 Personen pro km ² .
25.10.2017	Parlamentssprecher Tschynbaj Tursunbekow erklärt seinen Rücktritt. Mit 80 von 117 Stimmen wird Dastan Dschumabekow von der Partei Kyrgyzstan zum Nachfolger gewählt.
25.10.2017	Die Parlamentsfraktion von Onuguu-Progress schließt drei Mitglieder, Tasabek Ikramow, Kamtschybek Dscholdoschbajew und Almas Dschutanow, wegen Differenzen mit der Fraktion aus.
26.10.2017	Die NGO «Kyrgyz tschoroloru» (Kirgisische Ritter) veranstaltet vor der kasachstanischen Botschaft in Bischkek eine Demonstration unter dem Motto »Kirgisen und Kasachen sind Brüder«.
26.10.2017	Der scheidende Präsident Almasbek Atambajew ernennt Dschenisch Rasakow zu seinem Berater und Almasbek Kurmanalijew zum Sekretär des Sicherheitsrates.
26.10.2017	Mit Unterschrift Präsident Atambajews werden ab sofort der 7. und 8.11. zu »Tagen der Geschichte und der Erinnerung an die Vorfahren« erklärt. Kirgistan war bislang der einzige Staat auf der Welt, in dem der Jahrestag der Oktoberrevolution ausdrücklich als arbeitsfreier Feiertag begangen wurde.
26.10.2017	Kaktus.media berichtet unter Berufung auf eine Konferenz der International Labour Organization (ILO) in Bischkek, dass in Kirgistan 33,9% aller Fünf- bis 14jährigen (= 397.407 Kinder) arbeiten müssen, dies ist der höchste Wert in der GUS.

26.10.2017	Im Bezirk Batken (Gebiet Batken) kommen drei Menschen beim illegalen Kohleabbau durch den Austritt von Grubengas ums Leben.
27.10.2017	In Reaktion auf die Probleme an der Grenze mit Kasachstan fordert Präsident Atambajew von der Regierung, alternative Märkte für kirgisische Produkte zu suchen.
27.10.2017	Ein Gericht in Bischkek verurteilt den ehemaligen Parlamentsabgeordneten Rajkan Tologonow zu 15 Jahren Lagerhaft und Konfiszierung des Eigentums, weil er bei der Aprilrevolution 2010 eine Gruppe von Menschen angeführt haben soll, die Büro- und Wohnräume geplündert hat.
27.10.2017	Der IS reklamiert mit dem Mord an einem Polizisten in Bischkek am Vortag erstmals einen Anschlag in Kirgistan für sich.
28.10.2017	Kulturminister Tugelbaj Kasakow wird (vermutlich auf eigenen Wunsch) entlassen. Als Grund wird der Skandal um eine aus dem 5. Jh. stammende Mumie in den Vorwochen vermutet. Der Minister hatte am 12.10. angeordnet, dass die in den 1960er Jahren im Gebiet Batken ausgegrabene und im Historischen Museum von Bischkek aufbewahrte Mumie bestattet werden müsse, was kurz darauf gegen den Protest von Fachleuten an ihrem Fundort geschah.
28.10.2017	Das Gesundheitsministerium teilt mit, dass die Kumtor Gold Comp. 10 Mio. US-Dollar für den Kampf gegen Krebs zur Verfügung gestellt hat.
29.10.2017	In Talas gehen die ca. 300 Teilnehmer einer mehrstündigen Protestaktion vor dem Gebäude der Gebietsverwaltung letztlich nach Hause. Sie fordern von Präsident Atambajew eine Entschuldigung für seine Bemerkung am 18.10., dass die Teilnehmer einer damaligen Demonstration in Talas gegen das Ergebnis der Präsidentenwahlen sich geweigert hätten, einem Zitat aus dem Nationalepos Manas zuzuhören.
30.10.2017	Das Exekutivdirektorium der Weltbank bewilligt 46 Mio. US-Dollar für ein Projekt zur Verbesserung der Effizienz und Qualität der Wärmeversorgung in privaten Wohnungen in den Wintermonaten.
30.10.2017	Premier Isakow unterzeichnet eine Anordnung über staatliche Unterstützung für durch die Probleme an der kirgisisch-kasachstanischen Grenze in finanzielle Schwierigkeiten geratene Unternehmer, Fahrer etc.. Allein der Verlust der an der Grenze wartenden LKW-Fahrer soll nach Angaben von Wirtschaftsminister Artjom Nowikow bei 20.000–30.000 Euro täglich liegen.
31.10.2017	Nach Angaben des stellvertretenden Vorsitzenden der National Energy Holding Company, Nurlan Sadykow, hat Kirgistan am 16.10. wegen technischer Schwierigkeiten seine Stromlieferungen nach Usbekistan eingestellt. Statt der geplanten 1,2 Mrd. kWh seien nur 1,14 Mrd. kWh Überschuss geliefert worden.
31.10.2017	Murat Dschumatow, Direktor des Instituts für Maschinenbau der kirgisischen Akademie der Wissenschaften, wird mit 116 von 126 Stimmen zum neuen Direktor der Akademie gewählt.
31.10.2017	Bei einem Bergsturz in einer Kohlemine in Min-Kusch, Bezirk Dschumgal (Gebiet Naryn) kommt ein Mann ums Leben.
1.11.2017	Das Staatskomitee für nationale Sicherheit gibt die Verhaftung eines Mannes mit GUS-Staatsbürgerschaft in Bischkek bekannt, der Kämpfer für den Krieg in Syrien angeworben haben soll.
1.11.2017	Die Zentrale Wahlkommission entzieht dem in einem umstrittenen Urteil wegen Korruption verurteilten Atameken Abgeordneten Omurbek Tekebjew vorzeitig das Mandat, obwohl seine Anwälte Berufung gegen das Urteil eingelegt haben.
2.11.2017	Nach Angaben von Vize-Premier Duischenbek Silalijew vor dem Parlament beginnt Kirgistan erstmals seit mehreren Jahren die Heizperiode ohne ein Stromdefizit.
3.11.2017	Sultanbek Dschumagulow wird neuer Minister für Kultur, Information und Tourismus.
3.11.2017	Premier Isakow und sein kasachstanischer Amtskollege Sagintajew beschuldigen sich während der regulären Sitzung der Regierungschefs der GUS-Staaten in Taschkent gegenseitig der Verletzung der EEU-Regeln. Am Rande der Veranstaltung trifft Isakow mit seinem usbekischen Amtskollegen Abdulla Aripow zu Gesprächen über Zusammenarbeit in Wirtschaft, Kultur und bei Grenzfragen zusammen.
3.11.2017	Vor der Botschaft Kasachstans in Bischkek demonstrieren ungefähr 40 Anhänger des »Kongresses für Menschenrechte in den Staaten Zentralasiens« unter Führung des früheren Ombudsmannes Tursunbek Akun gegen die Grenzblockade Kasachstans und kündigen an, dass sie Kirgistans Austritt aus der EEU fordern werden, wenn sich die Situation nicht bis zum 5.11. normalisiert habe. Eine ähnliche Veranstaltung hatte bereits am 29.10. stattgefunden.
3.11.2017	In Talas versammeln sich erneut ca. 2.000 Menschen, um ihrer Forderung nach einer Entschuldigung von Präsident Atambajew Nachdruck zu verleihen.

4.11.2017	Die Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, dass sie ein Strafverfahren gegen den Abgeordneten und Präsidentschaftskandidaten Omurbek Babanow wegen des Verdachts des öffentlichen Aufrufs zu einem gewaltsamen Umsturz und des Anheizens nationaler, rassistischer und religiöser Feindschaft in seiner Rede in Osch am 28.9.2017 eröffnet hat. Babanow, dessen aktueller Aufenthaltsort nicht bekannt ist, erklärt, dass die Beschuldigungen politisch motiviert seien.
5.11.2017	Präsident Atambajew empfängt den usbekischen Außenminister Abdulasis Kamilow zu Gesprächen über den Stand des bilateralen Verhältnisses und der Implementierung gemeinsamer Projekte in den Bereichen Tourismus, Transport und Handel.
6.11.2017	In der Nacht wird der Bruder der am 10.10.2017 wegen Machtmissbrauchs verurteilten ehemaligen Generalstaatsanwältin und Parlamentsabgeordneten Aida Saljanowa, Ulan Saljanow, in seinem Haus am Stadtrand von Bischkek von Unbekannten erschossen.
6.11.2017	Die LKW-Schlangen an der kirgisisch-kasachstanischen Grenze haben sich an allen Übergangspunkten bedeutend verkürzt, teilt das Katastrophenschutzministerium mit.
7.11.2017	Unbekannte stehlen am frühen Morgen aus dem Haus des Rechtsanwaltes von Omurbek Tekebajew, Kanat Chasanow, die Unterlagen über den Fall Tekebajew.
8.11.2017	Außenminister Erlan Abdylidajew trifft in Taschkent mit seinem usbekischen Amtskollegen Kamilow zu Gesprächen vor allem über die Demarkation der noch offenen Grenzabschnitte, aber auch weitere bilaterale Fragen zusammen.
9.11.2017	Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini trifft während ihres Bischkekbesuches mit Präsident Atambajew, seinem gewählten Nachfolger Sooronbaj Dscheenbekow und Premier Isakow zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen EU und Kirgistan zusammen. Mogherini bringt die Bereitschaft der EU für die Aufnahme von Verhandlungen über ein neues bilaterales Abkommen zum Ausdruck.
9.11.2017	Das Parlament nimmt in dritter und damit letzter Lesung das Gesetzesprojekt über die Auflösung des Vertrages mit Kasachstan an, nach dem Kasachstan Kirgistan 100 Mio. US-Dollar Unterstützung zur Integration in die EEU bereitstellen wollte.
9.11.2017	Das Außenministerium bestätigt in den sozialen Netzwerken verbreitete Meldungen, dass der ehemalige Führer der Jugendorganisation der SDPK, Renat Samudinow, und seine Frau Elnura Moldokadyrowa, am 18.10. in den USA wegen Verletzung der Immigrationsbestimmungen verhaftet wurden. Beide sollen gleichzeitig politisches Asyl beantragt haben. Samudinow war im August wegen Verletzung der Parteidisziplin aus der SDPK ausgeschlossen worden.
9.11.2017	Bei einem Treffen am Rande der internationalen Konferenz »Central Asia: one past and a common future, cooperation for sustainable development and mutual prosperity« in Samarkand vereinbarten Außenminister Abdylidajew und sein kasachstanischer Amtskollege Kairat Abdrachmanow eine Intensivierung der Kontakte zwischen beiden Ministerien und versichern ein gemeinsames Interesse an der Stärkung der bilateralen Beziehungen und Beilegung der aktuellen Handelskonflikte.
10.11.2017	Sicherheitskräfte melden die Verhaftung eines nicht namentlich genannten Führers der als extremistisch eingestuften religiösen Bewegung Yakyn Inkar in einer Moschee im Dorf Belewodskoje (Gebiet Tschui) bereits am 20.10..
10.11.2017	Tolgonaj Stamalijewa wird zur Leiterin der Abteilung für Informationspolitik im Apparat des Präsidenten ernannt. Ihr Vorgänger Almas Usenow war Chef des Apparates des Präsidenten geworden.
10.11.2017	Der Handelsrat der WTO berät in Genf über die Klage Kirgistans gegen die Situation an der Grenze zu Kasachstan. Kirgistan beklagt die künstlichen Barrieren, Kasachstan wiederholt das Argument, dass die verschärften Kontrollen im Kampf gegen Schmuggel und wegen hygienischer Mängel notwendig seien.
11.11.2017	Am Rande des Treffens EU-Zentralasien in Samarkand trifft Außenminister Abdylidajew mit der EU-Außenbeauftragten Mogherini zu Gesprächen zusammen.
11.11.2017	Die Außenminister aller fünf zentralasiatischen Staaten unterzeichnen in Samarkand ein Programm über Zusammenarbeit in den Jahren 2018–2019.
13.11.2017	Omurbek Babanow gibt in einer schriftlichen Erklärung seinen Rücktritt als Fraktionschef von Respublika-Ata Dschurt im Parlament bekannt.
14.11.2017	Kirgistan wird auf einer Sitzung der 193 Unterzeichnerstaaten der Konvention zum Schutz des Weltkultur- und Naturerbes zum Mitglied des UNESCO Welterbe-Komitees gewählt.

14.11.2017	Der stellvertretende WTO Direktor Yi Xiaozhun erklärt bei einem Treffen mit dem stellvertretenden kirgisischen Wirtschaftsminister Almas Sasbakow in Genf die Bereitschaft der Organisation, Kirgistan beratend zur Seite zu stehen und äußert die Hoffnung auf eine baldige Beilegung des Konfliktes mit Kasachstan.
15.11.2017	In einer Rede auf dem 6. Treffen des nationalen Rates für nachhaltige Entwicklung kritisiert Präsident Atambajew erneut Kasachstan wegen seiner Blockade Kirgistans, äußert sich aber auch kritisch über die Arbeit des eigenen Parlaments, die Juristen des Landes u. v. a.
15.11.2017	Einer der Organisatoren der gegenwärtigen Demonstrationen in Talas, Schambet Kubatbekow, wurde nach Angaben eines anderen Aktivisten in der Nacht verhaftet und nach Bischkek gebracht. Grund sei ein vor sieben Jahren gegen ihn eröffnetes Strafverfahren, das damals geschlossen, nun aber wieder aufgenommen wurde.
16.11.2017	Der Vorsitzende des Sozialfonds, Tenisbek Abdshaparov, erläutert vor dem Parlament, dass sich die Zahl der Rentner in Kirgistan in den vergangenen sieben Jahren von 50.000 auf 627.000 praktisch verzehnfacht hat. Das sind ca. 10 % der Bevölkerung. Damit kommen auf einen Rentner 1,2 arbeitende Staatsbürger.
16.11.2017	Präsident Atambajew unterzeichnet das Gesetz über die Annullierung des Vertrages mit Kasachstan über die Gewährung einer 100 Mio. US-Dollar Unterstützung für die Integration in die EEU.
16.11.2017	Die Respublika-Ata-Dschurt Fraktion im Parlament wählt Ruslan Kasakbajew zu ihrem neuen Vorsitzenden.
16.11.2017	In Talas demonstrieren mehrere Ortsbewohner für die Freilassung von Schambet Kubatbekow.
16.11.2017	Das Parlament billigt umstrittene Änderungen der Wassergesetzgebung, die es der kanadischen Goldförderfirma Centerra Gold Inc. ermöglichen, den Davidow- und den Lysij-Gletscher im Bereich der Kumtor Goldmine abzutragen. In den Vortagen hatten Umweltschützer in Bischkek in mehreren Aktionen gegen die Änderung protestiert.
17.11.2017	Anlässlich des 25. Jahrestages der Unabhängigkeit und der Einführung einer nationalen Währung bringt die Nationalbank einen 2.000 Som-Schein in Umlauf, dessen Abbildungen anders als üblich hochformatig sind.
17.11.2017	Präsident Atambajew trifft im russischen Sankt Petersburg am Rande der feierlichen Eröffnung des VI. Sankt Petersburger internationalen Kulturforums mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin zusammen.
17.11.2017	Gesundheitsminister Talantbek Batyralijew diskutiert am Rande der ersten globalen Ministerkonferenz der WHO über den Kampf gegen Tuberkulose in Moskau mit seinem usbekischen Amtskollegen Alischer Schadmanow bilateral wichtige Probleme.
17.11.2017	Das Staatskomitee für nationale Sicherheit meldet die Verhaftung eines 20jährigen in Bischkek am 14.11. unter dem Verdacht, ein IS-Rekrut zu sein.
17.11.2017	An den Grenzübergängen Ak-Tilek und Ak-Schol nach Kasachstan warten erneut mehrere hundert LKW auf die Abfertigung, an den beiden anderen Straßengrenzübergängen gibt es keine Warteschlangen.
17.11.2017	Präsident Atambajew entlässt Vize-Premier Silalijew.

Tadschikistan

23.10.2017	Der Pressedienst der Agentur für Finanzkontrolle und den Kampf gegen Korruption bestätigt die Festnahme der Führungsspitze von Umed 88, einem der größten Treibstoffversorgungsunternehmen des Landes, wegen des Verdachts der illegalen Kreditnahme, Steuerhinterziehung, Betrugs und Unterschlagung von Dokumenten.
24.10.2017	Ein Gericht im Gebiet Sogd verurteilt vier Arbeitslose aus dem Bezirk Rasulow wegen Mitgliedschaft in der extremistischen religiösen Bewegung der Salafiten zu Freiheitsstrafen von je fünf Jahren.
24.10.2017	Die nationale Energiegesellschaft Barki Tojik teilt mit, dass mit Beginn der Heizsaison in diesem Jahr keinerlei Energierationierungen nötig sind, bittet aber um sparsamen Umgang mit Strom – und rechtzeitige Bezahlung der Rechnungen.
25.10.2017	Sicherheitskräfte melden die Verhaftung eines afghanischen Staatsbürgers beim illegalen Grenzübertritt im Bezirk Darwas (Autonomes Gebiet Berg-Badachschan, GBAO). Bei ihm wurden fast 8 kg Opium und weitere Drogen gefunden.
25.10.2017	Die Abgeordneten der unteren Kammer des Parlamentes stimmen nahezu einstimmig für einen Vorschlag der Regierung zur Verschärfung des Gesetzes zur Begrenzung des Tabakkonsums. Nach Zustimmung des Senats und Unterzeichnung durch den Präsidenten wird Rauchen außerhalb der eigenen vier Wände in Tadschikistan straffrei so gut wie unmöglich sein, der Verkauf von Tabak strengen Auflagen unterliegen.

26.10.2017	Mehrere Medien melden unter Berufung auf eine Untersuchung der US-amerikanischen Soufan Group, dass sich aktuell 1.300 Kämpfer aus Tadschikistan in Syrien und Irak befinden, fast 3.000 tadschikische Staatsbürger wurden in der Türkei festgehalten und teilweise in ihre Heimat ausgewiesen.
26.10.2017	Das Landwirtschaftsministerium meldet, dass die Baumwollernte bereits am 23.10. mit mehr als 356 t um 0,7 % über der erwarteten Menge lag.
27.10.2017	Der Präsident der Asian Development Bank (ADB), Takehiko Nakao, teilt auf einer Pressekonferenz in Duschanbe mit, dass sein Institut Tadschikistan insgesamt 50 Mio. US-Dollar Budgetunterstützung gewährt. Nakao war während seines zweitägigen Besuchs mit Präsident Emomali Rachmon, dem Minister für ökonomische Entwicklung, Nematullo Chikmatulosoda, und weiteren Gesprächspartnern zusammengetroffen.
27.10.2017	Eine Cousine des 2015 ermordeten Führers der oppositionellen Gruppe 24, Umarali Kuwwatow, und die Schwester eines weiteren Mitgliedes der Bewegung wenden sich mit einem Appell, ihnen Schutz vor Verfolgung durch tadschikische Behörden zu gewähren an den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, mehrere seiner Minister und den Generalstab des Landes.
27.10.2017	Auf der 16. Ministerkonferenz der Central Asia Regional Economic Cooperation (CAREC) in Duschanbe beschließen die 11 Mitgliedsstaaten einstimmig die CAREC 2030-Strategie, die eine langfristige Intensivierung der Zusammenarbeit vorsieht.
27.10.2017	Ein Gericht im Gebiet Chatlon verurteilt einen Mann aus dem Bezirk Jawan zu einer 15jährigen Freiheitsstrafe wegen seiner Teilnahme am Krieg in Syrien auf Seiten des IS.
29.10.2017	Die in Prag beheimatete tadschikische Website Akhbor meldet, dass der Name des im Exil lebenden Führers der verbotenen Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIWT), Muhiddin Kabiri, von der Interpolliste der gesuchten Personen gestrichen wurde. Der Grund ist nicht bekannt.
30.10.2017	Der tadschikische Dienst von RFE/RL meldet, dass zwei Brüder und ein Neffe des zum IS übergelaufenen ehemaligen OMON-Chefs von Tadschikistan, Gulmurod Chalimow, wegen des Versuchs, als Söldner zu kämpfen und illegal die Grenze zu überschreiten von einem Gericht im Gebiet Chatlon zu Freiheitsstrafen zwischen sieben und 18 Jahren verurteilt wurden.
1.11.2017	Tadschikistan hat seine Position im neuesten Doing Business Ranking der Weltbank um fünf Plätze auf Position 123 (von 190) verbessert.
1.11.2017	Präsident Rachmon erörtert in Duschanbe mit dem Sekretär des Sicherheitsrates der RF, Nikolaj Patruschew, Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit sowie der in CSTO, GUS und SCO.
1.11.2017	Im Vorfeld des Besuches des turkmenischen Präsidenten Gurbanguly Berdymuchammedow in Duschanbe treffen Außenminister Sirodschidin Aslow und sein turkmenischer Amtskollegen Raschid Meredow zu Gesprächen zusammen.
2.11.2017	Präsident Rachmon und sein turkmenischer Amtskollege Berdymuchammedow unterzeichnen während ihres Treffens in Duschanbe einen Vertrag über strategische Partnerschaft und weitere Dokumente über Zusammenarbeit in Bildung, Wirtschaft etc. Die Bürgermeister von Duschanbe und Aschchabad schließen einen Vertrag über eine Städtepartnerschaft.
2.11.2017	Der russischen Fluggesellschaft Jamal wird u. a. die Lizenz für die Verbindung von Moskau-Zhukovskij nach Duschanbe und Chudschand wegen Nichtdurchführung von Flügen entzogen. Der Streit um die Erteilung der Lizenz hatte im Winter 2016/17 zu Spannungen zwischen RF und Tadschikistan geführt.
2.11.2017	Premierminister Kochir Rasulsoda wird am Rande der Sitzung der Regierungschefs der GUS-Staaten in Taschkent vom usbekischen Präsidenten Schawkat Mirsijojew zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis empfangen.
2.11.2017	Mehr als 150 tadschikische Passagiere eines Zuges von Moskau nach Duschanbe werden von russischen Grenzbeamten am Kontrollpunkt Ak Sarai im Gebiet Astrachan der RF wegen des Verdachts der Verletzung russischer Immigrationsbestimmungen an der Weiterreise gehindert. Der Botschafter Tadschikistans in Moskau, Imomuddin Sattarow, und das russische Ministerium für Arbeit und Migration sind um eine Lösung bemüht.
4.11.2017	Eine siebenköpfige Delegation des Europäischen Parlamentes beendet ihren dreitägigen Tadschikistanbesuch, während dessen sie von Präsident Rachmon empfangen wurden und an der 6. Sitzung des EU-Tadschikistan Parlamentskooperationskomitees teilgenommen hatten.
8.11.2017	Erst am Abend wird offiziell bekannt, dass sich der iranische Außenminister Mohammed Zarif in Duschanbe aufhält und Gespräche mit Präsident Rachmon über das bilaterale Verhältnis geführt hat. Gemeinsam mit seinem tadschikischen Amtskollegen Aslow nimmt Zarif an der Einweihung des neuen Gebäudes der iranischen Botschaft in Tadschikistan teil.

9.11.2017	Auf Anordnung des Ministers für Bildung und Wissenschaft, Nuriddin Said, müssen Dissertationen ab sofort in russischer oder englischer Sprache verfasst werden. Ausnahmen sind Arbeiten zu ethnischen und nationalen Themen sowie in tadschikischer Philologie.
9.11.2017	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Russland zur Zahlung einer Kompensation von 4.000 Euro wegen Verletzung seiner Rechte an einen in Russland verhafteten tadschikischen Staatsbürger und fordert von einer Auslieferung Abstand zu nehmen. Der Mann wird in Tadschikistan wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in der Islamischen Bewegung Usbekistans (IMU) gesucht.
10.11.2017	Auf fünf Truppenübungsgeländen im Gebiet Chatlon nahe der afghanischen Grenze beginnen zehntägige groß angelegte Anti-Terror-Übungen, an denen Truppen aller CSTO-Staaten teilnehmen.
10.11.201	Vertreter der afghanischen Provinz Badachschan beschuldigen tadschikische Grenzer, am Vortag an der gemeinsamen Grenze im Bereich des Bezirks Ischkaschim (GBAO) zwei friedliche afghanische Bürger erschossen zu haben. Die tadschikische Seite erklärt dagegen, es habe sich um Widerstand leistende bewaffnete Schmuggler gehandelt.
11.11.2017	Außenminister Aslow unterzeichnet am Rande der internationalen Konferenz »Central Asia: one past and a common future, cooperation for sustainable development and mutual prosperity« in Samarkand gemeinsam mit seinen vier zentralasiatischen Amtskollegen ein Programm über Zusammenarbeit in den Jahren 2018–19 und nimmt am Ministertreffen Zentralasien-EU teil.
11.11.2017	Der tadschikische Dienst von RFE/RL meldet, dass im Bezirk Schachritus (Gebiet Chatlon) drei Wohnhäuser durch während des CSTO-Manövers auf dem Truppenübungsplatz Charbmaidon irreführende Granaten beschädigt wurden. Menschen kamen nicht zu Schaden.
12.11.2017	In Duschanbe trifft die erste Gruppe von 75 Arbeitsmigranten ein, denen zehn Tage zuvor an der russisch-kasachstanischen Grenze im Gebiet Astrachan die Weiterreise von Moskau nach Duschanbe wegen Problemen mit der Gültigkeit ihrer Dokumente verweigert worden war.
13.11.2017	Ein Gericht in der Stadt Chudschand verurteilt zwei Männer wegen der Verbreitung von Gedanken der verbotenen religiösen Bewegung der Salafiten zu fünf bzw. fünf Jahren und sechs Monaten Freiheitsentzug.
14.11.2017	Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei (SDPT), Rachmatillo Sojirow, teilt über Facebook mit, dass er am Abend des 9.11. von drei Unbekannten während eines abendlichen Spaziergangs mit seinem Hund als »Ungläubiger«, »verdammter Sohn eines Usbeken« und »Verräter der Heimat« beschimpft und durch Schläge mit einem Rohr ernsthaft verletzt wurde.
14.11.2017	In Duschanbe findet unter Leitung der Minister für Energie und Wasserressourcen Tadschikistans und Irans, Usmonali Usmonsoda und Reza Ardakanian, eine Sitzung der Zwischenregierungskommission Tadschikistan-Iran zu Fragen der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit statt.
15.11.2017	Sicherheitskräfte stellen in einem Versteck in der Nähe der Stadt Pendschikent (Gebiet Sogd) ca. 5 kg des Sprengstoffs TNT, Zünder und Zündschnüre sicher.
16.11.2017	Im ganzen Land wird nach 2016 zum zweiten Mal offiziell der »Tag des Präsidenten«, dem Jahrestag der Inauguration Präsident Rachmon im Jahr 1994, begangen.
16.11.2017	In Istiklol (Gebiet Sogd) wird in Gegenwart von Präsident Rachmon ein Hüttenwerk einer tadschikisch-chinesischen Bergbaugesellschaft eröffnet. Das Unternehmen soll 600 Arbeitsplätze schaffen.
19.11.2017	In Guliston (früher Kairakkum, Gebiet Sogd) wird ein Imam wegen Mitgliedschaft bei den Salafiten zu einer fünfeinhalbjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Der Mann hatte in den 1990er Jahren in Kuwait seine religiöse Ausbildung erfahren und sich dort den Salafiten angeschlossen.
17.11.2017	Der Generalsekretär der CSTO, Jurij Chatschaturow, hält sich zur Beobachtung des Manövers der Gemeinschaft auf dem Truppenübungsplatz Charbmaidon im Süden Tadschikistans in der Nähe der afghanischen Grenze auf.
17.11.2017	Der Pressedienst des kasachstanischen Verteidigungsministeriums meldet, dass Kasachstan Tadschikistan 1.000 t Heizöl im Wert von mehr als 128 Mio. Tenge (ca. 382.000 US-Dollar) zur Verfügung stellt.
17.11.2017	Die Treibstofffirma Umed 88 stellt ihre Geschäftstätigkeit ein. Kurz nach der Verhaftung ihrer Führung Ende Oktober war gemeldet worden, dass das Unternehmen kurz vor der Zahlungsunfähigkeit stehe.
17.11.2017	Im Bezirk Pjandsch (Gebiet Chatlon) wurde ein Richter von einem jungen Mann aus Unzufriedenheit mit einer Gerichtsentscheidung angegriffen und schwer verletzt, meldet der tadschikische Dienst von RFE/RL unter Berufung auf Sicherheitskreise.

Turkmenistan

23.10.2017	Der Schwarzmarktkurs der Landeswährung Manat fällt auf 9:1 zum US-Dollar. Der offizielle Wechselkurs liegt seit 2015 bei 3,5:1.
25.10.2017	Die US-amerikanische Soufan Group schätzt in einem Bericht zur Terrorgefahr durch rückkehrende IS-Kämpfer in ihre Heimatländer die Zahl der turkmenischen Staatsbürger unter den IS-Kämpfern auf 400.
25.10.2017	Der Chef der nationalen Gasgesellschaft Irans, Hamid Reza Araki, spricht sich gegenüber der aserbaidischen Nachrichtenagentur Report gegen den Transit turkmenischen Gases mithilfe von Swap-Operationen in die Türkei aus.
25.10.2017	Der Chef der Zollbehore, Jasdurdy Sojegov, wird bei einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates von Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow entlassen.
26.10.2017	Präsident Berdymuchammedow unterzeichnet ein mit der UN Conference on Trade and Development (UNCTAD) ausgehandeltes MoC (Memorandum of Cooperation).
26.10.2017	Präsident Berdymuchammedow begnadigt anlässlich des bevorstehenden Tages der Unabhängigkeit (27.10.) 1.636 Häftlinge.
27.10.2017	Das oppositionelle Nachrichtenportal Chronika Turkmenistana meldet, dass nach dem Rückzug des russischen Mobilfunkkonzerns MTS vom turkmenischen Markt der einzige verbleibende staatliche Anbieter Altyn Asyr vom Ansturm von Neukunden überfordert und die Infrastruktur überlastet ist.
28.10.2017	Präsident Berdymuchammedow verleiht seinem Sohn Serdar die seinem Vater Mjalikguly gewidmete Medaille.
2.11.2017	Präsident Berdymuchammedow wird in Duschanbe von seinem tadschikischen Amtskollegen Emomali Rachmon zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis empfangen. Beide Seiten unterzeichnen 13 Abkommen u. a. über strategische Partnerschaft.
2.11.2017	Präsident Berdymuchammedow rügt im Rahmen einer erweiterten Kabinettsitzung den Minister für die Lebensmittelindustrie, Maksat Annanesev, scharf für Nachlässigkeiten in der Amtsführung.
6.11.2017	Die Nationalbank verringert zum dritten Mal in diesem Jahr die Höchstgrenze für Geldabhebungen mit turkmenischen Kreditkarten von Geldautomaten im Ausland auf nunmehr 60 US-Dollar am Tag.
7.11.2017	Eine turkmenische Delegation trifft zu saudisch-turkmenischen Regierungskonsultationen zu Wirtschafts- und Handelsfragen sowie der Zusammenarbeit im Energiesektor in der saudischen Hauptstadt Riad ein.
8.11.2017	Außenminister Raschid Meredow empfängt den stellvertretenden palästinensischen Außenminister, Mazen Shamia, in Aschhabad zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis.
10.11.2017	Die Außenminister von Turkmenistan, Kasachstan und Usbekistan, Meredow, Kairat Abdrachmanow und Abdulus Kamilow, einigen sich bei einem Treffen in Samarkand über die Demarkation des Punktes, an dem die Grenzen der drei Staaten zusammentreffen.
10.11.2017	Der Minister für Arbeit und soziale Sicherheit, Achmet Annamuchammedow, wird von Präsident Berdymuchammedow wegen ernster Unzulänglichkeiten in der Amtsführung entlassen.
10.11.2017	27 iranische Häftlinge, die in turkmenischen Gefängnissen ihre Strafe weitestgehend verbüßt haben, werden nach Iran überstellt.
11.11.2017	Die Außenminister aller fünf zentralasiatischen Staaten unterzeichnen in Samarkand ein Programm über Zusammenarbeit in den Jahren 2018–2019.
12.11.2017	Der Chef der iranischen nationalen Gasgesellschaft, Araki, erklärt das Interesse seines Landes, den Disput über turkmenische Gaslieferungen in sein Land auf auergerichtlicher Ebene beizulegen.
15.11.2017	In Aschhabad findet unter Teilnahme von Vertretern mehrerer Dutzend Staaten sowie von UN-Organisationen eine Konferenz zur regionalen Zusammenarbeit mit Afghanistan statt.
16.11.2017	Die Mitarbeiterin des turkmenischen Dienstes von RFE/RL, Soltan Atschilowa, wird erneut Opfer eines Überfalls von vermutlich in Zivil gekleideten Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden.

Usbekistan

23.10.2017	Der in Russland von der Auslieferung nach Usbekistan bedrohte Journalist der russischen oppositionellen Tageszeitung Nowaja Gaseta, Ali Ferus (Chudoberdi Nurmatow), wird mit dem Andrej-Sacharow-Orden für Tapferkeit 2017 ausgezeichnet, der auf Initiative des Menschenrechtlers und Unternehmers Petr (Piter) Vins seit 2001 für mutige Berichterstattung verliehen wird.
------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

24.10.2017	Die jüngere Tochter des im September 2016 verstorbenen ersten Staatspräsidenten Islam Karimow, Lola Karimowa-Tilljajewa, droht u. a. der Schweizer Zeitschrift Le Temps gerichtliche Untersuchungen wegen der Publikation verleumderischer Artikel an.
24.10.2017	Außenminister Abdulasis Kamilow empfängt in Taschkent den russischen stellvertretenden Außenminister, Grigorij Karasin, zu Gesprächen über Fragen der bilateralen Zusammenarbeit sowie der in internationalen Organisationen.
25.10.2017	Die Vorsitzenden der Obersten Gerichte der SCO-Staaten erörtern bei ihrem 12. Treffen in Taschkent Möglichkeiten einer engeren Kooperation und der Verbesserung der Gesetzgebung.
25.10.2017	Präsident Schawkat Mirsijojew trifft zum ersten Staatsbesuch eines usbekischen Präsidenten seit 18 Jahren in der Türkei ein, wo er mit seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan, Premier Binali Yildirim u. a. Gespräche über Zusammenarbeit in Politik, Handel, Investitionen, Tourismus u. a. führen wird. Am Rande des Besuches unterzeichnen der Fahrzeughersteller Uzavtosanoat und die türkische Nurol Makina ve Sanayi AS ein MoU über die gemeinsame Produktion von 1.000 gepanzerten Jeeps vom Typ Ejder Yalcin in Usbekistan.
25.10.2017	HRW veröffentlicht die Ergebnisse seiner seit sieben Jahren ersten unmittelbaren Untersuchung der Situation der Menschenrechte in Usbekistan. Die Menschenrechtler sehen erste positive bescheidene Schritte und fordern, diese in systematische Reformen umzuwandeln.
26.10.2017	Uzavtosanoat und GM vereinbaren die Bildung der GM-Uzbekistan Alliance, deren Ziel eine größere Unabhängigkeit der usbekischen Automobilindustrie ist. Man will weiterhin bei der Autoproduktion in Usbekistan zusammenarbeiten und Autos der Marken Chevrolet und Ravon im In- und Ausland verkaufen.
26.10.2017	Die offiziellen Websites des Gedenkkomplexes für den verstorbenen Präsidenten Karimow in usbekischer, englischer und russischer Sprache werden freigeschaltet (< http://www.islamkarimov.uz/en/ >). Sie informieren über Leben und Werk Karimows und die neue Gedenkanlage.
27.10.2017	Der Bürgermeister von Moskau, Sergej Sobjanin, unterzeichnet eine Anordnung über die Errichtung eines Denkmals für Islam Karimow in der russischen Hauptstadt.
27.10.2017	Präsident Mirsijojew empfängt den stellvertretenden russischen Premier Dmitrij Rogosin zu Gesprächen über die Implementierung der Vereinbarungen über den Ausbau der wirtschaftlichen und militärtechnischen Zusammenarbeit. Nach Gesprächen auch mit Premier Abdulla Aripow erklärt Rogosin vor der Presse, man wolle nicht nur Flugzeuge verkaufen, sondern auch technische Unterstützung leisten.
27.10.2017	Die usbekische Menschenrechtlerin Malochat Eschankulowa demonstriert vor der US-Botschaft in Taschkent für ihre Anerkennung als politischer Flüchtling durch die USA.
27.10.2017	Ein Gericht in New York verurteilt den usbekischen Staatsbürger Abdurasul Dschurabojew wegen Verbreitung von IS-Materialien zu 15 Jahren Haft.
28.10.2017	Während der 13. Internationalen Baumwoll- und Textilmesse in Taschkent wurden von usbekischer Seite Exportverträge im Wert von mehr als 1 Mrd. US-Dollar unterzeichnet.
28.10.2017	Der usbekische Dienst von RFE/RL berichtet unter Berufung auf einen Schweizer Beamten, dass die für nächste Woche geplante Reise eidgenössischer Strafverfolger nach Usbekistan zu Gesprächen mit Gulnara Karimowa und weitere in den Korruptionsfall verwickelten Verdächtigen auf unbestimmte Zeit verschoben ist.
29.10.2017	Georgij Gorodeckij, Mitglied der Liberaldemokratischen Partei Russlands von Wladimir Schirinowskij, startet auf Change.org eine Petition gegen die Errichtung eines Denkmals für den verstorbenen usbekischen Präsidenten Islam Karimow (»russophober Diktator«) in Moskau.
30.10.2017	Während einer Video-Konferenz mit Premier Aripow wird bekannt, dass die Gouverneure und Staatsanwälte der Gebiete Taschkent und Dschisak von ihren Posten entlassen wurden, nachdem bekannt geworden war, dass in ihren Gebieten die Baumwollenergebnisse verfälscht worden waren.
30.10.2017	Premierminister Aripow nimmt in Baku gemeinsam mit seinen Amtskollegen aus Kasachstan und Georgien, Bakjytchan Sagintajew und Giorgi Kwirikaschwili sowie dem türkischen Präsidenten Erdogan und dem aserbaidshianischen Präsidenten Ilham Alijew an der feierlichen Eröffnung der Eisenbahnlinie Baku–Tbilisi–Kars teil.
30.10.2017	In einem Interview mit dem UN-Radio erklärt der UN-Sonderbeauftragte für Religionsfreiheit, Ahmed Shaheed, dass es in Usbekistan nahezu vollständig an individueller Religionsfreiheit fehle, die Regierung sich während seines Besuches aber sehr offen gezeigt habe.
31.10.2017	Usbekischsprachige Internetmedien berichten erstmals über ein zwar allgemein vermutetes, aber offiziell verschwiegenes Faktum in der Biografie des verstorbenen langjährigen Staatspräsidenten Karimow: Neben den beiden Töchtern Gulnara und Lola hat er auch einen Sohn, Petr.

31.10.2017	Der Chef der nationalen Holding Uzbekneftegaz, Alischer Sultanow, wird zum Vize-Premier ernannt.
31.10.2017	In New York verübt der usbekische Staatsbürger Saifullo Saipow einen Terroranschlag, bei dem acht Menschen ums Leben kommen. Der 29jährige lebte seit 2010 mit einer bei der Visalotterie gewonnenen Green Card in den USA. Präsident Mirsijojew sagt den US-amerikanischen Untersuchungsbehörden dennoch Unterstützung bei den Ermittlungen zu.
31.10.2017	Präsident Mirsijojew empfängt im Vorfeld des GUS-Treffens in Taschkent die Premierminister von Tadschikistan, Kasachstan und Belarus, Kochir Rasulsoda, Sagintajew und Andrej Kobjakow, sowie den stellvertretenden Vorsitzenden des turkmenischen Ministerkabinetts, Esenmyrat Orasgeldijew, zu bilateralen Gesprächen über die jeweiligen Beziehungen.
1.11.2017	Im neuesten »Doing Business 2018« Index der Weltbank steigt Usbekistan um 13 Plätze von Rang 87 auf 74 auf.
1.11.2017	Präsident Mirsijojew empfängt den Exekutivdirektor des UN Office on Drugs and Crime (UNODC), Yury Fedotov, zu Gesprächen über eine Intensivierung der Zusammenarbeit.
2.11.2017	Die New York Times meldet, dass das FBI im Zusammenhang mit dem Attentat von New York einen weiteren Usbeken, Muchammadsoir Kadirow, verhaftet habe.
2.11.2017	Premier Aripow empfängt in Taschkent seinen russischen Amtskollegen Dmitrij Medwedjew zu Gesprächen vor allem über die militärtechnische Zusammenarbeit, Migrations- und Energiefragen.
2.11.2017	Der größte russische LKW-Hersteller, KamAZ, und die usbekische Uzavtosaonoat unterzeichnen einen Vertrag über die Organisation einer gemeinsamen LKW-Produktion.
3.11.2017	Der IS reklamiert das Attentat von New York für sich, amerikanische Medien äußern aber Zweifel an einer Verbindung Saipows zu der Terrormiliz.
3.11.2017	Die Ermittlungen gegen den ehemaligen Generaldirektor der Telekommunikationsgesellschaft Vimpelcom Ltd., Jo Olav Lunder, wegen Beteiligung an dem Korruptionsskandal um Gulnara Karimowa müssen nach umfangreichen Ermittlungen in mehreren Ländern eingestellt werden, weil nicht genügend Beweise gefunden werden konnten, teilt der norwegische Dienst für das Vorgehen gegen Wirtschaftsverbrechen mit.
3.11.2017	FergananeWS.com meldet, dass den Rechtsanwälten des des Angriffs auf die verfassungsmäßige Ordnung verdächtigen Journalisten Bobomurod Abdullajew der Kontakt zu ihrem Mandanten verwehrt wird.
3.11.2017	Während des regulären Treffens der Regierungschefs der GUS-Mitgliedsstaaten in Taschkent werden mehrere Dokumente, u. a. über einen verstärkten Informationsaustausch im Kampf gegen den Terrorismus, unterzeichnet.
3.11.2017	Am Rande des Treffens der GUS-Regierungschefs empfängt Präsident Mirsijojew den kirgisischen Premier Sapar Isakow und den aserbaidzhanischen stellvertretenden Regierungschef Jagub Ejubow zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Beziehungen. Premierminister Aripow erörtert mit seinem armenischen Amtskollegen Karen Karapetjan Möglichkeiten einer Intensivierung der Kontakte durch die Einrichtung einer Botschaft und einer Flugverbindung.
5.11.2017	Außenminister Kamilow erörtert in Bischkek mit dem kirgisischen Präsidenten Almasbek Atambajew Stand und Perspektiven des bilateralen Verhältnisses.
6.11.2017	Der aus Antalya stammende ehemalige Abgeordnete der türkischen Nationalversammlung Sadik Badak wird zum Berater des Vorsitzenden der Staatskomitees für Tourismus ernannt.
6.11.2017	Usbekische Medien berichten, dass vor allem in Taschkent, aber auch anderen Orten des Landes der Gebetsruf wieder per Lautsprecher weithin hörbar erklingt. In den letzten zehn Jahren war dies untersagt gewesen.
6.11.2017	Anlässlich des 100. Geburtstages von Scharaf Raschidow enthüllen Präsident Mirsijojew und Raschidows Tochter Saijor in Raschidows Geburtsstadt Dschisak ein Denkmal zu Ehren des ehemaligen 1. Sekretärs der usbekischen KP, der in den 1980er Jahren durch den »Baumwollskandal« auch international bekannt geworden war.
6.11.2017	Erst jetzt wird bekannt, dass der in Usbekistan sehr bekannte Blogger, Journalist und Lehrer Chajot Chan Nasreddinow vermutlich am 20.10. in Taschkent aus nicht bekannten Gründen vom nationalen Sicherheitsdienst verhaftet wurde.
7.11.2017	Präsident Mirsijojew unterzeichnet mehrere Dokumente, mit denen der Außenhandel ab 1.12.2017 liberalisiert werden soll.
8.11.2017	Außenminister Kamilow erörtert in Taschkent mit seinem kirgisischen Amtskollegen Erlan Abdyldajew offene Fragen der Demarkation der gemeinsamen Grenze und weitere bilaterale Themen wie Wasser und Energie sowie die wirtschaftlichen Beziehungen.

8.11.2017	Der ehemalige Vize-Präsident von Turkish Airlines, Orhan Sivrikaya, wurde zum Berater für strategische Entwicklung von Uzbekiston Chawo Jullari ernannt, meldet der Pressedienst der staatlichen Fluggesellschaft.
8.11.2017	Seit am 2.9. der Bevölkerung der Verkauf von Devisen an offiziellen Tauschpunkten erlaubt wurde, wurden nach Angaben aus der Zentralbank 500 Mio. US-Dollar umgetauscht.
8.11.2017	Außenminister Kamilow empfängt den Generalsekretär der SCO, Raschid Alimow, in Taschkent zu Gesprächen.
9.11.2017	Die Abgeordneten des Moskauer Stadtbezirks Jakimanka appellieren an die Moskauer Stadtregierung, die Arbeiten für die Errichtung eines Denkmals für den verstorbenen usbekischen Präsidenten Islam Karimow zu unterbrechen, bis im nächsten Jahr die Bewohner des Bezirks per Referendum über die Frage abstimmen können.
9.11.2017	Im Vorfeld der internationalen Konferenz »Central Asia: one past and a common future, cooperation for sustainable development and mutual prosperity« in Samarkand empfängt Präsident Mirsijojew Deputy Assistant to the U.S. President and National Security Council Senior Director for South and Central Asia, Lisa Curtis, OSZE-Generalsekretär Thomas Greminger, den UN Assistant Secretary-General for Political Affairs, Miroslav Jenca sowie die Sonderbeauftragte der UN-Generalsekretärs für Zentralasien und Direktorin des UN Regional Centre for Preventive Diplomacy for Central Asia (UNRCCA), Natalia Gherman, zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der jeweiligen Zusammenarbeit.
10.11.2017	Der seit Juni 2017 amtierende Gouverneur von Samarkand, Turabdschon Dschurajew, wird von Präsident Mirsijojew zum regulären Chef des Gebietes ernannt.
10.11.2017	Es wird bekannt, dass die Zentralbank nun physischen Personen und selbstständig beschäftigten Unternehmern den Ankauf von Devisen erlaubt, bislang war dies nur über die Nutzung internationaler Kreditkarten möglich.
10.11.2017	Die Außenminister von Usbekistan, Kasachstan und Turkmenistan, Kamilow, Kairat Abdrachmanow und Raschid Meredow, unterzeichnen in Samarkand einen Vertrag über die Demarkation des Punktes, an dem die Grenzen der drei Staaten zusammentreffen.
10.11.2017	In Samarkand findet unter Teilnahme der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini und des EU-Kommissars für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung, Neven Mimica, und der Außenminister der zentralasiatischen Staaten das 13. EU-Zentralasien-Ministertreffen statt.
10.11.2017	Der Vize-Präsident der Asian Development Bank (ADB), Wencai Zhang, trifft während seines Taschkentbesuches mit Premier Aripow, Finanzminister Batir Chodschajew u. a. zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der Kooperation zusammen und bestätigt, dass die ADB in den nächsten drei Jahren 2,9 Mrd. US-Dollar für Investitionsprojekte in Usbekistan bereitstellen wird.
11.11.2017	Unter großer internationaler Beteiligung findet in Samarkand die Konferenz »Central Asia: one past and a common future, cooperation for sustainable development and mutual prosperity« statt.
11.11.2017	Die Außenminister aller fünf zentralasiatischen Staaten unterzeichnen in Samarkand ein Programm über Zusammenarbeit in den Jahren 2018–2019.
11.11.2017	Innenminister Pulat Bobodschonow erörtert in Moskau mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Kolkow Fragen der bilateralen Zusammenarbeit.
13.11.2017	Die russischsprachige Website Vesti.uz meldet, dass im Bezirk Bostonlik (Gebiet Taschkent) mit dem Bau des zweitgrößten Wasserkraftwerkes des Landes begonnen wurde. Es soll eine Kapazität von 400 MW haben und 900 m KWh Strom jährlich produzieren.
13.11.2017	Bei einem Treffen von Vertretern des Ministeriums für Beschäftigung und Arbeitsbeziehungen, der Weltbank und von HRW sowie mehreren usbekischen Menschenrechtlern wird über Maßnahmen zur Abschaffung von Zwangs- und Kinderarbeit in der Baumwollernte beraten.
14.11.2017	In Reaktion auf den im ganzen Land außerhalb Taschkents bestehenden Treibstoffmangel beschließt die Regierung eine Preiserhöhung für Benzin und andere Kraftstoffe um durchschnittlich 35 %.
14.11.2017	Anderthalb Monate nach seiner Verhaftung konnte der des Umsturzversuches beschuldigte Journalist Abdulajew erstmals mit seinem Anwalt reden, berichtet der usbekische Dienst von RFE/RL unter Berufung auf Menschenrechtler.
14.11.2017	Verteidigungsminister Abdusalom Asisow und der Vorsitzende des Zentralrates der Jugendunion, Kachramon Kuranbajew, unterzeichnen ein Memorandum über eine enge organisatorische Zusammenarbeit, um Wehrdienstleistende zu unterstützen und sie vor einem Abdriften zu extremistischen Ansichten zu bewahren.
15.11.2017	Außenminister Kamilow trifft in Madrid mit seinem spanischen Amtskollegen Alfonso Dastis zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis und Möglichkeiten einer Intensivierung der Zusammenarbeit zusammen.

15.11.2017	Die Zentralbank gibt erstmals überhaupt bekannt, dass die Goldreserven des Landes am 1.1.2017 den Wert von 26 Mrd. US-Dollar hatten und in den vergangenen beiden Monaten um 570 Mio. US-Dollar gestiegen seien.
15.11.2017	Präsident Mirsijojew beauftragt das Finanzministerium, bis zum Jahresende Mittel zur steuerlichen und finanziellen Unterstützung erdölverarbeitender Unternehmen bereit zu stellen. Kurzfristig werden zur Behebung der Benzinkrise 600 Mrd. Som (ca. 74 Mio. US-Dollar) aufgewendet und die Steuer auf Benzin und Diesel um 50 % gesenkt.
16.11.2017	Verteidigungsminister Asisow führt in Baku Gespräche mit seinem aserbaidischen Amtskollegen Sakir Gasanow über Fragen der militärischen und militärtechnischen Zusammenarbeit.
16.11.2017	Eine Delegation der EBRD unter Führung ihres Vize-Präsidenten Philip Bennett bewertet in einer Erklärung zum Abschluss ihres Usbekistanbesuches die bisherigen ökonomischen Reformschritte der Regierung positiv, empfiehlt aber Maßnahmen zur Verbesserung des Investitionsklimas. Die EBRD gewährt der Nationalbank für Außenhandel ein 100 Mio. US-Dollar Darlehen. Während des neuntägigen Aufenthalts der Delegation war eine EBRD-Vertretung in Taschkent eröffnet worden.
17.11.2017	Gesundheitsminister Alischer Schadmanow diskutiert am Rande der ersten globalen Ministerkonferenz der WHO über den Kampf gegen Tuberkulose in Moskau mit seinem kirgisischen Amtskollegen Talantbek Batralijew bilaterale wichtige Probleme.
17.11.2017	Während des viertägigen Deutschlandsbesuchs einer Regierungsdelegation unter Führung von Premier Aripow fanden mehrere politische Gespräche und Wirtschaftsforen statt und es wurden Kreditvereinbarungen zwischen der usbekischen Außenhandelsbank und mehreren deutschen Banken über insgesamt 950 Mio. Euro unterzeichnet. Der Pressedienst des usbekisch-deutschen Joint Ventures MAN Auto-Usbekistan teilt mit, dass ab 2018/19 der Volkswagen Amarok in Usbekistan produziert werden soll.
17.11.2017	In Taschkent und Umgebung wurden in den vergangenen drei Tagen ca. 80 Gläubige beiderlei Geschlechts verhaftet, meldet der usbekische Dienst von RFE/RL.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortliche Redakteurin: Dr. Beate Eschment

Redaktionsassistentin: Dr. Henryk Aliff

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1866-2110 © 2017 by Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH • Mohrenstraße 60 • 10117 Berlin • Telefon: +49 (30) 2005949-20

e-mail: beate.eschment@zois-berlin.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien



Kostenlose Länder-Analysen auf www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen zur post-sowjetischen Region werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Polen-Analysen werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut, der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>